

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/207

Bad Godesberg, den 27. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Handfeste Arbeit</u> Zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag	20
	<u>Freie Information</u> Zeichen demokratischen Selbstbewußtseins	25
2	<u>Der "Enteignungs"-Nebel</u> Die Demokratie braucht viele Stimmen Von Fritz Sänger, MdB	32
3 - 4	<u>Wettlauf der Großmächte im Weltall</u> Wissenschaft und Technik in Ost und West - Gigantisches Programm. Von Walther Ramm	78
5	<u>"Ungekronte Königin von Palomares"</u> Eine Herzogin geht für Bauern ins Gefängnis Von Hermann Dornl. Madrid	

* * *

Handfeste Arbeit

Zur Haushaltsdebatte im Deutschen Bundestag

sp - Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben in dieser Woche handfeste Arbeit geleistet. Der Haushaltsplan für 1968 ist in erster Lesung verabschiedet worden, und jetzt werden die Fachausschüsse zu überlegen haben, wie - bei Aufrechterhaltung des Gesamtplanes - innerhalb der einzelnen Positionen Verbesserungen angebracht werden können. Dabei wird es noch manches schwierige Problem zu lösen geben, denn selbstverständlich ist damit zu rechnen, daß trotz der Großen Koalition innerhalb der einzelnen Fraktionen Meinungsverschiedenheiten in dieser oder jener Frage ausgeräumt werden müssen.

Allen Unkenrufen zum Trotz hat sich jedoch in dieser Woche wieder gezeigt, daß SPD und CDU/CSU entschlossen sind, Ordnung in die Bundesfinanzen zu bringen und auf längere Sicht eine Haushaltspolitik durchzusetzen, die dem Bürger die Gewißheit gibt, daß Finanzpolitik nichts mit Wahlgewinnen und erst recht nichts mit Versprechungen an einzelne Gruppen zu tun hat. Es hat lange gedauert, ehe dieser an sich selbstverständliche Grundsatz in die politische Praxis umgesetzt werden konnte. Wer da glaubt, daß die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages bereit wäre, wegen möglicher Augenblickserfolge diesen Grundsatz aufzugeben, irrt sich gewaltig. Zu sehr schrecken die Beispiele der Vergangenheit.

* * *

Freie Information

Zeichen demokratischen Selbstbewußtseins

sp - Bisher war der Bezug von Zeitungen und Zeitschriften aus kommunistischen Ländern einer scharfen Kontrolle unterworfen. Diese Quelle von Information blieb nur wenigen vorbehalten. Wer als "Unberufener" dennoch kommunistische Druckschriften in den Bereich des Grundgesetzes schmuggelte, setzte sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aus. Das wird nun anders. In einer Anfügung an den künftigen Artikel 30 des Strafgesetzbuches soll die Bundesregierung ermächtigt werden, bei Zeitungen, die außerhalb des Bereichs des Grundgesetzes erscheinen und dort vertrieben werden, durch Rechtsverordnung eine Ausnahme der strafrechtlichen Verfolgung der "Herstellung und Verbreitung verfassungsfeindlicher Druckschriften" zuzulassen. Diese Korrektur ist längst überfällig. Daß sie nun vollzogen wird, zeugt von demokratischem Selbstbewußtsein.

Hier geht es wohl vor allem um die Zeitungen aus dem anderen Teil Deutschlands. Aus der Lektüre des NEUEN DEUTSCHLAND, dem Zentralorgan der kommunistischen SPD, und ihren Ablegern kann gewiß keine Gefahr für den Bestand unserer Verfassung erwachsen. Freilich ist auch deren Informationswert nicht allzu groß. Immerhin geben sie für den Leser, der zu lesen versteht, Aufschluß über die Verhältnisse im anderen Teil Deutschlands. Wie wäre es, wenn die Herren in Pankow sich zu gleicher selbstverständlicher Liberalität entschließen würden und die Einfuhr westdeutscher Zeitungen zuließen? Aber diese Art von Wettbewerb um die Lesergunst scheinen sie mehr zu fürchten als der Teufel das Weihwasser.

* * *

Der "Enteignungs"-Nebel

Die Demokratie braucht viele Stimmen

Von Fritz Sänger, MdB

Es kam manchem Interessenten sehr gelegen, daß irgendwo irgendein Unverantwortlicher den Ruf nach Enteignung von Axel Springer ausgestellt hat und andere, die gleich ihm demonstrieren wollten, den Ruf aufzunehmen. Es geht nicht um Axel Springer in Hamburg und nicht um Enteignung. Springers Zeitungen freilich haben diese Parole gern polemisch aufgegriffen. Mit ihr wurde der Kern der zur Erörterung und wahrscheinlich auch bald zur Entscheidung stehenden Maßnahmen überdeckt. Das ist eine alte Methode: berradikalisieren und so die öffentliche Meinung unnebeln, wenn nicht betrügen.

Selbst der BAYERN-KURIER - oder muß man sagen: selbstverständlich der BAYERN-KURIER - hat das Thema aufgegriffen und noch etwas hinzugefügt: Eine Kommission, so schrieb die Zeitung der CSU am 18. Oktober, befase sich mit der Auflagenbegrenzung. Wo ist diese Kommission? Gemeint ist eine Anregung in einem Arbeitapapier der 5. Unterkommission jener von den Bundesministern Lücke und Schiller eingesetzten Kommission zur Prüfung der Gefahren, die aus der Konzentration im Pressewesen entstehen. Die Anregung wünscht, daß man sich mit der Frage befase, ob eine Auflagenbegrenzung ein Mittel gegen die wirtschaftlichen Schwierigkeiten mittlerer und kleinerer Zeitungen sei. Gemeint ist die Prüfung der Grundsätze und Möglichkeiten, die Verfassung und Gesetze bieten. In England hat man einen Weg gefunden, indem ein Gesetz großen Verlagen, die eine bestimmte Position auf dem Markt erlangt haben, nicht etwa die Steigerung der Auflage verbietet, sondern den zusätzlichen Erwerb bestehender Zeitungen oder Zeitschriften oder die Neugründung von einer Prüfung des Marktes abhängig macht.

Nein, es geht nicht um Springer, weder um den Mann, noch um sein Haus, sondern allein darum, daß in unserem Lande, das seine Erfahrungen auf diesem Gebiet zu seinem Leide zur Genüge gemacht hat, nicht wieder ein den Markt und damit die Informationen und das politische Denken lenkendes und beherrschendes Verlagsmonstrum entsteht, durch dessen Übergewicht die vielfältige politische Auseinandersetzung unterbunden wird. Die Demokratie braucht diese freie Diskussion mit vielen Stimmen.

Wettlauf der Großmächte im Weltall

Wissenschaft und Technik ist Ost und West - Gigantisches Programm

Von Walther Ramm

Zum 50. Jahrestag des Großen Oktoberrevolution überraschten Sowjetwissenschaftler und Techniker die Welt mit der Venus IV-Operation. Seit Sputnik I am 4. Oktober 1957 zum erstenmal als künstlicher Erdtrabant in den erdnahen kosmischen Raum geschossen wurde, rissen im Westen spekulative Vergleiche zwischen dem Stand der SU- und US-Raumfahrtprogramme nicht mehr ab. Mit Erleichterung wurde zur Kenntnis genommen, daß die USA allmählich aufholten. Im allgemeinen begnügte sich die westliche Publizistik, nachdem der erste Schock nach Sputnik I überwunden war, mit der Formel: Die Russen haben zwar eine Spitzenleistung vollbracht, in der übrigen technischen Entwicklung sind sie jedoch zurückgeblieben.

Die Trostformel war schon im Ansatz falsch, aber sie wirkte als Beruhigungsspiel. Jeder, der sich mit den Problemen der Flugzeugindustrie oder der Raumtechnik ein wenig beschäftigte, wußte, daß solche technischen Meisterwerke nicht nur in Laboratorien, und seien sie noch so groß, erzeugt werden können. Dazu gehört mehr; es verlangt eine hochentwickelte und breit gefächerte Industrie.

* * *

Über die Organisationsform zur Herstellung von Raumflugkörpern in der Sowjetunion liegen ungenaue, meist von Geheimdiensten erstellte Berichte vor, da die Sowjets ihre Programme zur Geheimsache erklären. Das hängt sicher mit der engen Verbundenheit militärischer und ziviler Entwicklungen zusammen. Man kennt im Westen zwar einige Abschlußrampen - bekanntlich dürfte General de Gaulle eine Startbasis besichtigen - was sich dahinter verbirgt, ist der Öffentlichkeit wenig oder garnicht bekannt. Den Sowjets genügt es, den Erfolg mitzuteilen, die wissenschaftlichen Forschungen und technischen Anlagen und die Organisationsform bleiben für neugierige Augen und Ohren verschlossen.

* * *

Diese Einstellung mag mit Schuld daran tragen, daß die westliche Publizistik dazu verleitet hat, die Herstellung eines Raumflugkörpers in der Sowjetunion im wesentlichen in ein großes Laboratorium zu verweisen. Daß solche Vorstellungen falsch sind, kann vergleichsweise an der US-Satellitenorganisation, der NASA, abgelesen werden. Die zivile Raumflugbehörde der Amerikaner hat nicht weniger als mit rund 20.000 Firmen Kontrakte bzw. Unterkontrakte abgeschlossen. Diese Kontraktfirmen arbeiten jeweils an einem bestimmten Teilprogramm für die Fertigung eines Raumflugkörpers oder seiner dazu gehörenden Montagegeräte.

Meßanlagen usw. Es versteht sich, daß diese Firmen nicht sofort fertige Teile der NASA zur Verfügung stellen können. Sie müssen eigene Forschungen und Entwicklungen vornehmen. Wie umfangreich die gesamte Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der NASA ist - sie beschäftigt in eigener Regie etwa 35.000 Wissenschaftler, Ingenieure oder Techniker - geht aus bisherigen Veröffentlichungen hervor, die noch laufend erweitert und ergänzt werden. Seit 1959 sind mehr als 200.000 wissenschaftliche Dokumentationen und Berichte technischen Inhalts bearbeitet worden. Die Flut dieser Berichte schwillt weiter an. Für 1967 werden etwa weitere 100.000 solcher Dokumentationen erstellt sein. Computer verarbeiten das Material, das von Firmen, Universitäten oder anderen Institutionen angefordert werden kann. Der Informationsfluß wird durch sieben Informations- und Versandzentren gesteuert.

* * *

Schon diese sicher nicht vollständige Aufzählung über Forschungs- und Entwicklungsergebnisse im Raumflugprogramm der NASA zeigt, daß sich die sowjetische Raumfahrtindustrie in ähnlichen Proportionen bewegen muß. Welche Organisationsform das Programm steuert und durchführt, mag interessant sein, für die Gesamtbeurteilung der Leistungsfähigkeit der Sowjetindustrie ist das zweitrangig. Nur eine breit gefächerte und hochleistungsfähige Industrie ist in der Lage, ein solch hochkompliziertes und umfangreiches Programm durchzuführen.

* * *

Diese Programme, in den USA wie in der SU, bewegen sich nicht in einem in sich abgeschlossenen wissenschaftlich-technischen Kreislauf: Erfindungen und Produktionsmethoden befruchten weitgehend den gesamten Produktionsprozeß, oder doch mindestens wichtige Teile desselben. Wenn die NASA hunderttausende Dokumentationen gespeichert hat, so wird ein nicht unerheblicher Teil davon wieder in der Produktion anderer Erzeugnisse verwertet. Mit Sicherheit muß angenommen werden, daß die Dokumentationszentren in der Sowjetunion ihre anfallenden Forschungsergebnisse und Entwicklungen ebenfalls auswerten lassen.

* * *

Die Raumfahrt kostet nicht nur viele Milliarden Rubel oder Dollar, sie "erzeugt" für beide Länder einen ungeheuren Patent- und Produktionsvorlauf, der auf längere Sicht den alten Industriestaaten gefährlich werden wird. Schon heute zeigt sich, daß die Bundesrepublik erhebliche Lizenzgebühren für Patente und Verfahren an die USA zahlen muß. Verstärkend zu diesem Trend wirkt sich die "Flucht" von Wissenschaftlern aus, die in die USA abwandern. Daß dieser Prozeß, der innerhalb der SU zweifellos ähnliche Proportionen angenommen hat, noch nicht in gleichem Maße außerhalb sichtbar geworden ist, liegt zum Teil daran, daß die Sowjetindustrie noch ungeheure Probleme zu bewältigen hat. In Verkennung der Lage ist ihre wissenschaftlich-technische Potenz allzuoft falsch eingeschätzt worden.

+ + +

"Ungekrönte Königin von Palomares"

Eine Herzogin geht für Bauern ins Gefängnis

Von Hermann Deml, Madrid

Noch in der Vorweihnachtszeit 1967 wirkt die Katastrophe vom 17. Januar 1966 in Spanien nach. Damals fielen vier Wasserstoffbomben im Raum des südspanischen Dorfes Palomares. Wie einst in der K.u.K.-Monarchie die Schlacht von Solferino, so lebt in Spaniens Presse und Öffentlichkeit das Geschehen von Palomares fort. Aktueller Anlaß war die Verurteilung der streitbaren wie umstrittenen Herzogin von Medina-Sidonia.

Eine Herzogin als Anführerin eines Bauern-Marsches ist schon aussergewöhnlich, besonders in Spanien. Eine Herzogin auf der Anklagebank einer politischen Strafkammer, der im Ausland stets etwas Fragwürdiges anhaftet, ist noch ungewöhnlicher. Eine Herzogin, zu einem Jahr Gefängnis und 10.000 Peseten (700 Mark) Geldstrafe verurteilt, so etwas passiert wahrlich nicht alle Tage. Die 31-jährige Herzogin Luisa Isabel de Toledo Maura, sagte: "Nur meine Großmutter billigt meine Haltung. Die übrige Familie wünscht mich sehnlichst im Küttchen zu sehen."

Die Polemik um Palomares geht weiter. Sogar die beiden Falange-Blätter "Arriba" und "Diario SP" haben eine einander völlig entgegengesetzte Einstellung offenbart. "Arriba" machte sich wie die rechtskatholische "YA" zum Sprachrohr der Regierung und verlaublich, den Geschädigten stehe selbstverständlich der spanische Rechtsweg offen, die USA seien verpflichtet, die in Spanien durch ihre Anwesenheit verursachten Schäden zu ersetzen, ein Amtsgericht behandle gegenwärtig eine Palomares-Klage. 515 Entschädigungsanträge in Höhe von 613.000 Dollar seien bereits ausbezahlt, 14 seien noch anhängig und 95 seien wegen Mangels an Beweisdokumenten abgelehnt worden.

"Diario SP" hingegen spielt die antiamerikanische Schallmei. Nicht genug, daß sich dieses Blatt zum Fürsprecher Fidel Castros in Spanien gemacht hat, beschuldigt sie die 16. US-Luftflotte, die ihr bekannten radioaktiven Schäden den im Gebiet von Palomares geheimzuhalten. So hätten die Geschädigten anerkannte Forderungen von 5,7 Millionen DM vorzuweisen, doch sie hätten nur knapp eine halbe Million DM ungerechnet an Schadenersatz erhalten. Die außergewöhnliche Herzogin selbst will von Antiamerikanismus nichts wissen. Sie beruft sich auf die Verpflichtung ihrer Familie, der Gerechtigkeit zum Siege zu verhelfen ("das haben wir Medina-Sidonia schon immer getan"). So seien die 1.500 Einwohner des Küstendorfes durch die Schäden an der Ernte, an Gebäuden, an Viehbestand und auf den Feldern in Schulden geraten. "Als ich einen grünen Tausendpesetenschein - also siebzig Mark - in Palomares wechseln wollte, mußten sich sechs Kaufleute und Barbesitzer zusammmentun, um das Wechselgeld aufzubringen," unterstreicht die Herzogin. "Als der spanische Journalist Kassip aus den USA über den dort bekannten Umfang der atomaren Strahlenschäden berichtete, fiel sein Artikel dem Rotstift des Zensurs zum Opfer", enthüllt die Dame, die heute die "ungekrönte Königin von Palomares" heißt. + + +